

Politische Uebersicht.

Sozialdemokratie und Blockpolitik. Genosse **Webel** sprach am Dienstag in einer großen Berliner Versammlung in Kellers Festsaal über den nationalliberalen Parteitag. Der stürmische Andrang der Massen bewies, mit welcher scharfer Aufmerksamkeit das Proletariat die Gestaltung der inneren Politik verfolgt und wie groß die politische Erregung der Massen geworden ist.

Nach 6 Uhr wurde der große Saal bereits von der Polizei abgesperrt und immer neue Menschenmassen strömten herein. Die Frankfurterstraße und der Ordine Weg waren schwarz von Menschen, die Stundenlang auf der Straße ausblieben. Ein riesiges Polikautangebot hielt die Köpfe abgelenkt. Als Webel erschien, bereiteten ihm die Menschenmassen eine Ovation.

Webels Rede, die zwei Stunden dauerte, war eine Abrechnung mit Bassermann und der Blockpolitik. Weibel brandmarkte zunächst die alte, von Herrn Bassermann wiederholte Unwahrheit, daß politische Zentrum und Sozialdemokratie ein Bündnis bestände.

Zentrum und Sozialdemokratie sind Todfeinde und wenn es einmal zu einem wirklichen Kulturkampf gegen Reaktion und Nationalisten kommen werde, werden wir die Kämpfer sein, die Nationalisten aber die Verbündeten des Feindes. Gerade die Nationalisten dürften am wenigsten irgend jemand ein Bündnis mit dem Zentrum vorwerfen. Sie hätten im Grunde mit Zentrum und Konservativen die ganze reaktionäre Politik des letzten Jahrzehnts gemacht. Jetzt noch seien sie das schlimmste Hindernis jeden Fortschritts, wie die Diktator Bassermann in der preussischen Wahlrechtsfrage ziele.

Mit grausamem Sarkasmus zerstückte Weibel die demagogische Behauptung, daß nunmehr eine neue liberale Aera herabzubreche. Die Blockpolitik bedeute in Wirklichkeit nicht mehr Liberalismus, sondern mehr Reaktion. Der Block sei zu jeder für das Volk nützlichen Arbeit unfähig, nur eines werde er leisten, Erhöhung der Militär-, der Flotten- und Kolonialausgaben und damit eine neue Vermehrung des Steuerdrucks. In keinem Jahr seien die Flottenrüstungen in so gewaltigem Tempo gesteigert worden, als in diesem, wo man unaufhörlich von Fürstengruppen für den Beschaffung des Friedens lesen konnte.

Die Haager Konferenz habe bewiesen, daß die bürgerliche Gesellschaft völlig unfähig sei, die Kriegsgefahr zu bannen, die noch nie so bedrohend gewesen sei, als eben jetzt. Die Völker Europas lägen sich auf Gehäuf ihrer Regierungen längs in den Haaren, wenn nicht die Sozialdemokratie wäre, wenn man diese nicht fürchten müßte. Gerade diese Furcht aber treibe zu neuen Verfolgungen, von denen der Proletat die größte Last zu tragen habe. Die Blockpolitik ist demoralisierend, weil es Männer gibt, die sich nicht mehr vorstellbar machen, daß auch andere als sie eine ehrliche politische Ueberzeugung haben können. Aber Weibel selbst habe durch die tapfere und geschickte Art, wie er seinen Reden und vor allem dem Reichsanwalt gebiet habe, nicht nur bei seinen politischen Freunden, sondern auch bei seinen Gegnern an Achtung und Sympathie gewonnen. Verfolger haben der Sozialdemokratie nie schaden können. Der Reich der letzten Wahl sei vielleicht heute schon verfloren. Hoffnungsreicher als je blicken wir in die Zukunft!

Webels Referat wurde vielfach von stürmischem Beifall unterbrochen. Am Ende seiner Ausführungen brach die Versammlung in minutenlangen Beifall aus. Webels Ausführungen sind in der Resolution, die von der Versammlung einstimmig angenommen wurde, zusammengefaßt. Die Resolution lautet:

Die Versammlung legt entschieden Verwahrung ein gegen die Unterstellungen der der Abgeordnete Bassermann und Genossen auf dem Parteitag der nationalliberalen Partei in Weiden in Bezug auf die politische Haltung der Sozialdemokratie fest.

Die Ausführungen der erwähnten Redner und die Resolutionen, die der nationalliberalen Parteitag annahm, zeigen, daß die nationalliberale Partei trotz aller Versprechungen ihres Liberalismus nach wie vor in reaktionären Bahnen verharret.

Insbesondere haben die Ausführungen der diskutierten Redner über die Wahlrechts-Reform in Preußen gezeigt, daß die nationalliberale Partei dem preussischen Volk und speziell den preussischen Arbeitern ein politisches Recht vorzuenthalten will, das bereits die gesamten süddeutschen Arbeiter für die Wahl zu den Landtagen besitzen.

Die Versammlung bronchirte dieses Verhalten der nationalliberalen Partei als völkisch und arbeitfeindlich, als eine schandliche Verdröhnung des Grundgesetzes der politischen Gleichheit, auf die die Arbeiter Preußens genau dasselbe Anrecht haben, wie die Arbeiter jeden anderen Landes.

Da fern die preussische Regierung und speziell der Ministerpräsidenten die Reichskammer, in Bezug auf die preussische Wahlrechtsreform ähnliche Ansichten haben, wie die Redner auf dem nationalliberalen Parteitag, erklärt die Versammlung: daß dieses Verhalten des Reichskanzlers in unzulässiger Weise die Freiheit der Meinungen von ihm gebrauchten Redner in Preußen in Deutschland vorant. Und ebenso in schändlicher Weise nicht mit seiner Aushaltung im Zusammenhang. Selbstkritik der den Präsidenten des Reichskanzlers, wonach der deutsche Arbeiter der gebildeten der Welt sein soll, also auch der politische sein soll.

Die Versammlung muß also nach dem Verhalten des Reichskanzlers in der preussischen Wahlrechtsreform annehmen, daß die erwähnten Ansichten letzter Rednerarten sind, denen keinerlei Bedeutung beizumessen ist.

Die Versammlung verlangt nachdrücklich für die Wahlen zum preussischen Landtag, die schleunige Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten, öffentlichen und geheimen Wahlrechts für alle über 20 Jahre alten Staatsangehörigen auf der Grundlage von Verhältniswahlen, wobei sie von dem Grundgesetz ausgeht, daß alle Bürger sind, auch Rechte sein müssen und daß mit einer Regierung, die auf Klassenunterschied beruht, kein Staatsverhältnis die selbstverständlichen Staatsbürgerrechte vereinigen kann.

Daß man auch Weibel den Vorwurf blinden Draufgängerstums nicht machen kann, bewies folgender Passus seiner Rede, in dem er die politische Situation nüchtern abwägt: Selbst wenn man mit der liberalen Blockpolitik ernst machen wollte, wäre es nicht möglich, eine solche zu betreiben, denn die Linke, einschließlich der Sozialdemokraten, zieht heute im Reichstage 149 Mann, also noch lange keine Majorität. Wir Sozialdemokraten wären für eine wirklich liberale Blockpolitik zu haben, denn wir müssen ganz genau, daß wir nicht mit einem Sprung in den Abgrund gelangen. Aber ich fürchte, daß von der Blockpolitik lediglich die Reaktion Nutzen haben wird. Die bürgerlichen Erregnisse befähigen diesen Versuch.

Lehrer als Almosenempfänger. Wie ein Mädchen aus alter Zeit, schreibt sogar ein Zentrumblatt, mutet die Naturalienabgabe der mit Küsterdiensten betrauten mecklenburgischen Lehrer an. Sie dürfte wohl in einem Kulturstaat schwerlich noch ihresgleichen finden. Sie besteht beispielsweise in Grenzlin aus Roggen, Hafer, Gerste, Erbsen, 5 1/2 Kilogramm Speck, 90 Broten, 90 Würsten, 400 Eiern, 1 1/2 Kilogramm Woll, 90 Schafkäsen und 5 Krug Schafmilch. Während Brote, Würste, Eier und Korn wohl in allen Orten gegeben werden, sind die übrigen Gefälle nicht immer dieselben.

Man findet außer den angeführten Naturalien auch Schweinsköpfe, Schweinsrücken, Viehohr, Grüge, Flach, Buchweizen, Malz usw. Das Korn hat der Küster im Herbst jeden Jahres aus den Dörfern zusammen zu holen, und zwar auch für den Pastor. All solche Festen bei den Bauern ist dagegen ziemlich allgemein in Begleit gekommen und in Geld oder Naturalien umgewandelt. So erhält stellenweise der Pastor dafür eine Gans, der Küster einen Hahn. Gelegentlich des Einkommens des Mehlorns hat der Küster auch das Opfer einzufordern. Er geht von Haus zu Haus und lässt das Geld ein, auch hierbei wieder das für den Geistlichen.

Das ist die Rolle des Jugendlehrers in einem Staat, der zu Deutschland gehört, dem angeblich klassischen Lande der Schulen, dem Lande der Dichter und Denker. Selbst die katholische Presse bezeichnet diese Zustände als für die Lehrer „fast entwürdigend“. Sie sind aber nicht nur fast, sondern absolut entwürdigend; und man kann daraus ermaßen, wieviel slavischer Sinn noch in deutschen Landen herrscht, denn sonst würde sich niemand einem Verufe zuwenden, in dem er seine Lösung wie ein Almosenempfänger aus den einzelnen Häusern holen und auch die für den Pfarrer mit zusammentragen muß. — Dabei scheinen sich viele Lehrer sogar wohl zu fühlen, denn bei Wahlen und dergleichen findet man sie oft als eifrige Verteidiger dieser „Ordnung“.

Bevölkerung in Stadt und Land. Wie wir dem kürzlich erschienenen Statistischen Handbuch für das Deutsche Reich entnehmen, hat sich die städtische und ländliche Bevölkerung in Deutschland seit 1871 bis 1900 in folgender Weise verschoben:

Jahr	Städtische Bevölkerung		Ländliche Bevölkerung	
	Gemeinden mit mehr als 2000 Einwohnern	Prozent der Gesamtbevölg.	Gemeinden mit weniger als 2000 Einwohnern	Prozent der Gesamtbevölg.
1871	14,790,798	36,1	26,219,352	63,9
1880	18,720,690	41,4	26,518,531	58,6
1890	23,243,229	47,0	26,185,241	53,0
1900	30,693,975	54,3	25,734,103	45,7

Hieraus ergibt sich, daß der Anteil der Gemeinden mit weniger als 2000 Einwohnern, die in der Statistik — eine allerdings etwas grobe Unterscheidung — einfach der „ländlichen Bevölkerung“ gleichgesetzt sind, circa 63,9 Prozent der Gesamtbevölkerung in 1871 auf 45,7 Prozent in 1900 gesunken ist, während der der Gemeinden mit mehr als 2000 Einwohnern dementsprechend von 36,1 auf 54,3 Prozent gestiegen ist. Tropem ist der absolute Bestand der ländlichen Bevölkerung fast vollkommen stabil geblieben: 26,219,352 im Jahre 1871 — 25,734,103 im Jahre 1900.

Von Tag zu Tag verdrängt sich das Verhältnis der Stadt- und Landbevölkerung zu Gunsten der Städte, Deutschland wird mit jedem Jahre ein mehr industrieller, kapitalistischer Staat. Nur die Gesetzgebung sucht die Vorrechte und Vorteile der agrarischen Bevölkerung zu erhalten und dem Hauptträger des Staats keinen Einfluß zu gewähren. Auf die Dauer aber wird die wirtschaftliche Entwicklung mächtiger sein als die politischen Kunststücke und je länger sie zurückgehalten wird, um so mächtiger werden die Interessen der ausgeschalteten Klassen sich eines Tages ihre Beachtung und Berücksichtigung erkämpfen. Das Anwachsen der Industrie und ihrer Proletariat, das obige Ziffern indirekt bezeugt, ist die beste Gewähr unseres endlichen Sieges.

Reichstag und Landtag. Die Einbringung des nächstjährigen Reichstags an den Reichstag wird, wie man in Bundesratskreisen annimmt, in der letzten Novemberwoche erfolgen können. Der Reichstag hätte alsdann noch Gelegenheit, die erste Etatsrechnung vor Reichstag zu erheben.

Der „Ver. Neuesten Nachr.“ zufolge soll der preussische Landtag Anfang Dezember zusammentreten, obwohl der Etat erst im Januar zur Vorlage kommen wird. Es wird beabsichtigt, die Ostmarkenparlament noch vor der Staatsberatung zu verabschieden, da die Tätigkeit der Anstaltungskommission durch die Entscheidung des Anstaltungsrechts beschleunigt wird.

Die Gründung eines liberal-sozialdemokratischen Bündnis wird von den württembergischen Liberalen angelehrt. Einer am nächsten Sonntag in der Hauptstadt tagenden Versammlung der württembergischen Liberalen Bericht soll folgender Antrag unterbreitet werden: Die Versammlung möge sich dahin ausdrücken, daß die Volkspartei, die deutsche Partei und die Sozialdemokraten im künftigen Landtag zusammengehen mögen, um eine wirklich liberale Gesetzgebung zu ermöglichen.

Es wird ganz auf die Liberalen ankommen, ob ein solches geteiliges Bündnis mit der Arbeiterpartei möglich ist.

Reichs-Verordnung zu groß. Grobes Aufsehen erregt es in Hamburg, daß die Hamburger Regierung plötzlich vier Bakken der Küster als Direktorialinspektoren ernannt hat. Die Aufsicht über diese Inspektoren sind vorwiegend an den Reichsinspektoren in Oberhausen überwiesen worden. — Der Grund zu dieser sonst ganz unverständlichen Maßregel ist noch nicht bekannt.

Das nationale Deutschland. Das Wochenblatt wird von der „Nationalen Revue“ angekündigt. Sie wird unter dem Namen „Das nationale Deutschland“ vom 4. November ab wöchentlich erscheinen. Als Herausgeber zeichnet ein gewisser Emil Vogels und zu seinen Schülern zählt er die Herren Krauß, König, von Mühlhausen, Böhm, von Löbner, Köster, Wagner. — Peter, von Dan, Böhme und der Reichsminister werden nicht genannt, werden aber doch ebenfalls mit.

Sehr at liegt in der Thronrede zur Eröffnung des Reichstages der Passus, der sich mit der bevorstehenden Wahlreform beschäftigt. Er betont: Der König wünscht die im Volk vorhandenen Kräfte in möglichst weitem Umfang sowohl für die Selbstverwaltung, wie für die Volksvertretung zu verwerten und habe deshalb eine Änderung der Bestimmungen über die Wahl der Abgeordneten zur zweiten Kammer der Reichsversammlung und im Zusammenhang damit über die Bildung der Bezirksverbände und deren Vertretung geboten erachtet. — Das ist alles!

Kaiser und Diebstahl-Prozess. Der Kaiser soll, wie ein Korrespondenz meldet, dem Hochverratsprozess gegen Dr. Liebknecht großes Interesse entgegengebracht haben. Schon bei der Erhebung der Anklage hat der Kaiser befohlen, daß ihm über die Verhandlung vor dem Reichsgericht Bericht zu erstatten sei. Während der Verhandlungen seien verschiedentlich telegraphische Benachrichtigungen ergehen, und jetzt sei ein ausführlicher schriftlicher Bericht übermittelt worden. Die Prozessverhandlung hat der Kaiser schon vor längerer Zeit verfolgt.

Die Homosexuellen-Klage des Kanzlers. In Sachen der Strafverfolgung des Schriftstellers Brandt wegen Verleumdung des Reichskanzlers ist die Klage des Brandt die Anklage angegangen. Da die Angelegenheit mit Eile betrieben wird, ist dem Angeklagten nur eine Einmündungsfrist von 3 Tagen bewilligt worden, nach deren Ablauf der Termin zur Hauptverhandlung angelegt werden wird. Die Anklage stellt sich lediglich auf den angeblichen Vorwurf der Homosexualität des Fürsten Hilow. Der Strafantrag ist vom Fürsten Hilow selbst gestellt worden.

Der zweite deutsch-nationale Arbeiterkongress, der vom 20. bis 22. Oktober in Berlin tagt, verleiht seine Tagesordnung: 1. Bericht des Ausschusses (Berichterstatter Franz Hebrantschen). 2. Die allgemeine soziale politische Lage (Berichterstatter Adam Siegelwald-Köln). a) Die Sonntagserhebung (Berichterstatter Richard Döring-Hamburg). b) Arbeiterkutsch in der gesundheitswidrigen und schweren Industrie (Berichterstatter Franz Weller-Duisburg). c) Gesetzliche Regelung der Arbeitszeit (Berichterstatter Franz Fischer-Mülhausen i. Elsaß). d) Die Arbeiterinnenfrage (Berichterstatter Fräulein Graß-M-Glabach).

Außerdem findet Sonntag, Nachmittags 2 1/2 Uhr, eine große öffentliche Versammlung statt. Hauptthema: Frankfurt 1900. — Berlin 1907. 4 Jahre Ständearbeit. Redner: Landtagsabgeordneter Oswald Schaffenburg, Fräulein Marg. Behm-Berlin, Herr Alfred Roth-Hamburg, Lokal: Krieger-Vereinshaus, Chausseestraße 94. Für Mittwoch Vormittag ist eine gemeinsame Besichtigung der ständigen Ausstellung für Arbeiterwohlfahrts-Einrichtungen, sowie des Reichstagsgebäudes und des königlichen Schlosses geplant.

Ein neues Volksschulgesetz soll dem im November zusammentretenden Landtag des Herzogtums Sachsen-Meiningen vorgelegt werden. Es spricht die vollständige Trennung von Schule und Kirche aus. Die geistliche Schulaufsicht wird aufgehoben. — In Preußen, wo man angeblich voran ist — schlägt man natürlich weiter.

Anzeichen der kommenden Krise? Großes Aufsehen erregte am Donnerstag an der Berliner Börse die Tatsache, daß die alte Hamburger Firma Galt, Eble u. Co. in Zahlungsschwierigkeiten geraten sei. Die Firma, welche ein großes Warengeschäft unterhält, soll große Verluste durch den Rückgang des Kupferpreises und bei Kohletransaktionen erlitten haben. Wie verlautet, sollen Akte von hohem Betrage im Umlauf sein, bei den Zahlungsschwierigkeiten soll es sich um die Summe von 15 Millionen handeln.

Ausland.

Die Friedenskommission in den letzten Tagen. Es sieht nunmehr, wie uns aus dem Haag geschrieben wird, endgültig fest, daß Sonnabend der Schluß der Konferenz stattfindet. Die heutige Plenarsitzung hat sich mit dem Rapport des Kapitäns Scott über den permanenten Schiedsgerichtshof beschäftigt. Sonntag wird der erste Tag des Exodus werden, den die Mehrzahl der Delegierten recht gern schon zwei Monate früher erlebt hätten.

Der Rapport des Kapitäns Scott über den permanenten Hof hat seine tragikomische Geschichte. Im Entwurf stand, daß der permanente Hof zu Stande kommen sollte auf der Basis der juristischen Gleichheit aller souveränen Staaten. Dieser Passus wurde bei der Behandlung im Komitee gestrichen. Als der Antrag der ersten Kommission im Druck publiziert wurde, fand es sich, daß der Passus aus Versehen mit aufgenommen war und der deutsche Delegierte Dr. Kriege machte die amerikanischen Delegierten darauf aufmerksam, die natürlich den Passus von neuem strichen. Der Antrag wurde auch ohne den Passus zur Abstimmung gebracht, aber eine Anzahl von Delegierten, die für den Vorn stimmten, hielten es nur des genannten Passus wegen getan, der sich in ihrem Exemplar fand. Die Entziehung war besonders bei den südamerikanischen Delegierten enorm und der Gedanke eines „Gegenwunsches“ wurde von ihnen lebhaft erregt. — Es ist es gelungen, sie mit der Annahme einer „Reserve“ zu beruhigen.

Vor einigen Tagen gab es noch einen originellen Zusammenstoß. Die Plenarsitzung hatte die nationalen Gegensätze zu einem Zusammenstoß führen lassen, so scharf wie ihn die Konferenz in den vier Monaten ihrer Sitzungen noch nicht erlebt hat. Als die äußerst geringfügige Besserungen bringende Konvention zur Regelung der Anwendung unterfeindlicher Waffen angenommen war, verlas der englische Delegierte Sir Ernest Satow eine Erklärung. In der es heißt, die englische Regierung erachtet die Konvention als ungenügend, weil sie mit den Rechten der neutralen Mächte auf offener See und auch mit den Gefühlen der Menschlichkeit nicht genügend rechne.

Gleich darauf erhob sich der deutsche Delegierte Baron Marschall mit der Bemerkung, die deutschen Seesoldaten nehmen immer die Gefühle der Menschlichkeit in acht und was die menschlichen Gefühle betrifft, auf welche Sir Ernest Satow angedeutet hat, so kann ich nicht akzeptieren, daß es auf der Welt ein Land gibt, das in dieser Hinsicht meiner Regierung und meinem Lande überlegen ist.

Herr von Marschall machte also kein Hehl daraus, daß er sehr auf begriff, auf wen die englische Erklärung zielte. Der Deutsche „Courrier“ teilt mit, daß die Konferenz der englischen Erklärung und der darauf folgenden britischen deutschen Antwort atemlos und mit gespanntem Netzen lauschte.

Wie hatte man weniger den Eindruck, einer Friedenskonferenz beizuwohnen.

Die Rache des blutgierigen Sultans. Lange ist man über das Verhalten, das der „rechtmäßige“ (erste) Sultan von Marokko und sein feindlicher Bruder (der neue Sultan Mohammed Pasch) zur Lösung des Herrschaftsstreit in Marokko einbringen werden, im stillen gewesen. Die Gerüchte von einer friedlichen Verständigung sind aber durch den Abmarsch der beiden Mahallahs, die bald zusammenstoßen müssen, plötzlich widerlegt worden. Die Nachricht, daß der Sultan das Vermögen der von Muley Pasch nach Europa entsandten Vertreter konfiszieren habe, deutet weiter darauf hin, daß der Sultan zu einem Kampf, und zwar zu einem Kampf mit orientalischen Mitteln, entschlossen sei. Nun soll er, wenn sich eine in London eingetroffene Nachricht bestätigt, zu einer neuen Gewalttat von außerordentlicher Brutalität geschritten sein.

Die Londoner „Times“ meldet nämlich: Der Sultan von Marokko hat, um die unruhigen Zustände in Marokko zu beenden, die Generalkonferenz seiner Verbündeten Marokko zu beenden.

Stadt-Theater.

Freitag: „Der Feindabund“.
„Der Ragabund und die Prinzessin“.
Sonnabend: „Hoffmanns Erzählungen“.
Sonntag, nachmittags 3 1/2 Uhr: „Fra Diavolo“.
Abends 7 1/2 Uhr: „Die Jüdin“.

Lobe-Theater.

Freitag: „Sinfonischer“.
Sonnabend: „Zum 1. Male „Sinfonischer““.
Sonntag, nachmittags 3 1/2 Uhr: „Im weißen Rössl“.
Abends 7 1/2 Uhr, zum 2. Male: „Sinfonischer“.

Volksvorstellungen im Thalia-Theater.

Freitag: „Grotte A. & Fortsetzung „Kabile und Liebe““.
Sonnabend: „Grotte B. & Fortsetzung: „Kabile und Liebe““.

Thalia-Theater.

Sonntag, Abends 7 1/2 Uhr: „Zodons Ende“.
Billetverkauf Sonnabend von 10—12 Uhr im Thalia-Theater.

Schauspielhaus

Freitag, 8 Uhr: „Der schöne Garbit“.
Sonnabend, 8 Uhr: „Die große Gemeinde“.

Liebihs

Das älteste, fehmännlich geleitete Hut-Geschäft vor dem Nikolaitor ist das vom **Hut-Kanke**.
Inh.: Joh. Tossmer
Friedrich-Wilhelmstr. 23.

Victoria-Theater

(Simmenauer Garten).
Gastspiel Blatzheim
und die neuen Attraktionen.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Donnerstag an Wochenenden gültig.

Cabaret „Folies Bergere“

(Palast-Restaurant).
4305
erstklassige Künstler.
Anfang 8 1/2—1 Uhr.
Kuchentisch: Eigenes Rezept.

Circus Busch.

Nur kurze Zeit!

Eden-Theater

Beliebtestes phant. Etabl. heute! 7 1/2 Uhr. heute! **Novitäten-Abend.**

2 Monstre-Vorstell. 2

4 Uhr Nachm. cc. 7 1/2 Uhr halbe Preise
worauf das answärtige und Familien-Publikum aufmerksam gemacht wird. Programm ohne jede Kürzung.
Fest der Rosenkönigin
Sopr. Feste in vrandt. Musik. imposante Wasserschauspiele. **Neue Mysterien im Palast der Illusionen.**

Uthman? Das Welt-Ebenomen.

Soltero.

Der Mann mit den 100 Frauen.
Geister- u. Geisteser-Erscheinungen.
Was Sagen!
Galerie moderner Meister. Japanisches Schattenpiel. !! Außerordentlich!! des Eden-Motor-Bioskop.
Tagesskizze bei Schick, gegenüber Stadttheater und im Circus von 11—1 Uhr.

Reichhandlung Volkswacht.

Der wahre Jakob, Witz, Lust, ...

Gasthof „Rosenbau“

Reuthenstraße 8.
Zu dem am Sonntag, den 20. Oktober stattfindenden **Gesellschaftlichen Abendbrot** verkaufe ich mir alle Freunde und Gönner hiermit einzuladen.
Vorsichtungsvoll **Otto König.**

Hofenwärmerin

für dauernd gesucht
Llopelt, Matthiesstraße 9, Gartenh. I.

Hofenwärmerin

sucht Knauer, Seydlitzstraße 11, hpt. 2055

Logis f. Herren

Ein freundliches
bald zu verm. Behrestr. 4, II. r. [5090]

Taschen-Uhren

jeder Art und Preislage. (Präzisions-Uhren)
Regulators, Stand-, Wand- und Wecker-Uhren vom einfachsten bis teuersten Genre. **Gold-, Silber- u. Alfenwaren** in größter Auswahl. **Optische Artikel.** Uhren-Ausgleich im Abonnement. Für jede Uhr 3 Jahre Garantie. Auf Wunsch Preislisten u. Auswahlfendungen.
Carl Neufeld,
Uhren- und Goldwaren-Handlung
Breslau II, Bohrauerstrasse 9 (am Saurebühnenhof). 4975

Das älteste, fehmännlich geleitete Hut-Geschäft vor dem Nikolaitor ist das vom Hut-Kanke.

Inh.: Joh. Tossmer
Friedrich-Wilhelmstr. 23.

Hüte, nur gute, reelle, Güte, Qualitäten, für Herren und Knaben.

Mützen, Stöcke, Schirme zu billigsten Preisen.
Annahme sämtl. Hut-Reparatur.

Reell u. billig kaufen Sie Uhren und Goldwaren

reicliche Auswahl bei **Arnhold Rosenthal**
Schweizer Uhren-Fabrikate
Breslau, Neue Schmiedstraße 5.
Silb. Rem.-Uhren v. 10 Mk. an.
Gold-Damen-Uhr v. 15 Mk. an.
Für jede Uhr 2 Jahre Garantie.

Schütze's Musikhaus

(früher J. Plan)
!! Ring No. 57 !!
Horn- u. Klarinetten-Fabrik und Musik-Instrumenten-Lager
empfehlen sein großes Lager von sämtlichen Musik-Instrumenten
Reparatur-Werkstatt



Schütze's Musikhaus

Reparatur-Werkstatt

Verband Deutscher Schneider, Schneiderinnen und verw. Berufsgenossen

Dienstag, den 23. Oktober 1907, abends 8 Uhr im Lokale des Herrn Heutschel, Serrenstr. 19:
Mitglieder-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Leberbewegung in der Wäschereiberei.
2. Einführung einer Einheitskarte für weibliche Mitglieder.
3. Verschiedenes.
Für Mitglieder mit Mitgliedsbuch resp. Karte haben Entlass.
Die Ortsverwaltung.

Allgemeine Kranken- u. Sterbekasse aller Berufe Deutschlands (G. H.) für Weissen.

Sonnabend, den 19. Oktober 1907, abends 8 Uhr, im Lokal des Herrn König, Reuthenstr. 3.

Quartals-Versammlung

der Fabrikanten Breslau.
Tagesordnung: 1. Geschäfts- und Kassenbericht — 2. Verschiedenes.
Um zahlreichem Besuch bitten
Der Vorstand.
Obige Kasse nimmt Personen jeden Berufs von 14—45 Jahren ohne ärztliche Untersuchung auf. — Aufnahmen finden jeden Sonnabend, abends von 8—9 Uhr, im Kassenlokale statt. 4091

Musik!

Neuer Verein Breslauer Berufsmusiker
empfiehlt sich zur Annahme von **Musik-Geschäften jeder Art.**
Bestellungen werden täglich im „Börse-Local „Aufbaum“, Schmiedebrücke 20, von 11—1 Uhr entgegengenommen.
Telephon Nr. 3222. 5093

Platen

die neue Schellmethode, 4 Pl. 28 Pl. Gr. u. H. Brechhaus sowie Neuer's Periton, Detail u. Menichheit, Fiktion d. allg. u. prakt. Wissen, sowie alle anderen wissenschaftl. Werke gegen bequeme monatl. Leihzahlung ohne Verleibung können die Genossen beziehen durch **Fritz Joachim, Buch- u. Papierhandlung, Breslau IX, Pilschstraße 77.**

Zur jetzigen Saison empfehle ich mein großes Lager von Schuwaren

Herren-, Damen- und Kinderstiefeln zu staunend billigen Preisen.
Martha Christmann,
36. Scheitnigerstr. 36.
Bitte genau auf Firma zu achten.

Damen- und Kinderhüte

kaufen Sie preiswert, ebenso **Trauerhüte**
in reichhaltigster Auswahl in dem

Spezial-Putz-Geschäft

Schlesinger & Goerke, Friedrich-Wilhelmstr. 36.

Hausfrauen! Haus- und Küchengeräte

kaufen Sie vorteilhaft und billig in nur guter Qualität in der **Eisenhandlung Paul Hauschild jr.**
102 Friedrich-Wilhelmstraße 102, am Striegauerplatz. 4328

Aufsehend erregend billige Preise. Massen-Ausverkauf.

Bücher, Anleits, Gardinen, Wäsche, Gardende, Flanelle, Hemden, Schürzen, Blusen, Arbeiter-Konfektion. Schuhwaren für Herren, Damen u. Kinder
Dittmar Hamburger,
Friedrich-Wilhelmstrasse 88. 4563

Schuhwaren

reell zu solidesten Preisen empfiehlt **Aug. Zingler, Gräblichenerstr. 71.**
„Neu eröffnet“. „Neu eröffnet“.

Möbel

Spiegel und Polsterwaren um mein überfülltes Lager zu räumen.
Anton Gorski
Malergasse Nr. 20. Eigens Werkstätten.
Vorteilhafter Einkauf für Brantleute.

Wichtig für Hausfrauen! Röst-Kaffee

in vorzüglich zusammengekauften Spezialitäten, 2 Pfd. 78, 96 Pf., 1.18 Pf. und sowie sämtliche Kolonialwaren liefert zu besonders billigen Preisen die **Kaffee-Rösterei Benno Neumann,**
Zentrale: Friedrich-Wilhelmstraße 32.
Filiale I: Friedrich-Wilhelmstraße 84.
II: Galtzow-Rabegasse 1.
III: Pilschstraße 35.
IV: Serrenstr. 129. 4927

Reinhold Kroker, Schuhmachermeister

empfehlen sein großes Lager in allen Sorten Schuh- und Stiefelwaren sowie Ausfertigung nach Maß sauber und preiswert. Reparaturen werden schnell u. billig ausgeführt.
Schmidamm 58, Nähe der ...

Bauselbst, Bauselbst

an Gräblichenerstrasse 2. [4094]

Craugott Friedrich

Friedrich-Wilhelmstraße 85.
Bringe allen Bekannten u. Gönner meine **Papier- u. Schreibwaren-Handlung** in empfehlende Erinnerung.
Figuren und Bigaretten.
— Bestes Fabrikat. — [5020]
Friedrich-Wilhelmstraße 85.

Anzüge

Ueberzieher!

Sinderwagen Möbel
auf Abzahlung.
Nachweislich in Breslau kleinste Anzahlung.
Max Biermann,
Ring 51, erste Etage neben der Stockgasse.
Filiale: [5086]
Waldenburg i. Schl.
Auch nach auswärtig.

Möbel Spiegel. Polsterwaren

in eigener Werkstatt von nur besten Materialien gefertigt.
Kein Abzahlungsgeschäft gewährt aber gern Veltzahlung.
Preise enorm billig.
Milchgarntur 100 Wrt
Salonisch 18
Trumeau mit Wüschelauflage 60
Serrant 50
Vertiko 45
Spiegel mit Schränken und Wüschelauflage 35
Stuhl in gutem Stoff 36
Vertikale mit Matrasse 30
Kobertstuhl mit hoher Lehne 4
Teppiche, Läufer, Uhren und sämtl. and. Ausstattungsgegenstände nur bei **F. Pauer, Sandstr. 5.**

Albert Barth

Gräblichenerstr. 12, Adalbertstr. 2.
Billigste Bezugsquelle für Güte und Mühen, **Fußschuhe.**
Strom reell. 5088

5% Rabatt.

(Grüne Marken.) 4387

Hermann Kuppi,

Altenstraße 89, Ecke Ologauerstraße, Zehnerstraße 19, Ecke Reuthenstraße.

R. Methner (vorm. G. Reibstirn)

Uhrmachermeister [4024]
Friedrich-Wilhelmstrasse No. 70
Uhren und Goldwaren
Eigene Reparatur-Werkstatt.

Paul Pluntke

Schirmfabrik
Friedrich-Wilhelmstr. 38
vis-à-vis „Deutscher Kaiser“.
Vorteilhafteste u. billigste Bezugsquelle ist **Regenschirmen, Krawatten, Handschuhen, Herrenwäsche etc.**
Bekannt reelle Bedienung.
— Stets Neuheiten. —
Filiale: Albrechtsstraße 51, Ecke Schmiedebrücke.
Spezialität: Regenschirme von den billigsten bis zu den elegantesten Genres. — Spazierstöcke. 4922

Zu staunend billigen Preisen

kauft man das eleganteste und haltbarste **Schuhwerk,**
sowie die bestbar größte Auswahl in **Stiefelschuhen, Hüte, Gams- und Holzschuhen zu streng reellen Preisen nur bei**
Robert Kretschmer, Schuhmacherstr.
Friedrich-Wilhelmstraße 52.

August Heyne

4886
Rohtabakhandlung
Breslau, Karlstrasse 27 (Fechtschule).

Durch spottbilligen Einkauf

Herren-Hüte, Reif und weich, von 1.95 an
Herren- u. Kinder-Mützen von 35 Pf. an
H. Schönfeld
Schmiedebrücke
Filiale 6 Adalbertstraße 6. 5076

17/18

Schmiedebrücke

17/18

Filiale 6 Adalbertstraße 6. 5076

sch wie vor nicht ein. Diese Arbeitgeber verlangen sogar von unseren Kollegen unterschiedliche Einwilligung zur Gesellschafterstellung. Die Arbeitgeber wollen immer darauf hin, das Publikum komme immer so spät zum Photographen. In den seltensten Fällen können die Mitglieder die Aufnahme allein machen. Das Gesetz erlaubt dem Inhaber, den ganzen Tag zu arbeiten. Viele umgehen die Freiheit und Innehaltung der Sonntagsruhe nun dadurch, daß sie den Gehilfen auf Grund eines fixierten Vertrages zum Teilhaber, — der ohne Anteil machen.

Bei der jetzt unglücklichen Konjunktur würden sich leider unorganisierte Gesellschaftere genug finden, deshalb bitten wir ein vereinigtes Publikum, insbesondere aber die Arbeiterschaft, sich keinesfalls an Sonn- und Festtagen vor Vormittags 10 Uhr und in den oben genannten Städten nach 2 Uhr, an allen anderen Orten nach 3 Uhr Nachmittags zum Photographen zu bemühen, damit den Gesellschaftern vor und nach dieser Zeit nichts zu tun bleibt. Bei Nichtbeachtung der Gesellschafterregeln von nun ab alle von uns her Weg, die betreffenden Firmen zu nennen. Voreerst aber möge diese Warnung dienen. Wir bitten auch die organisierten Arbeiter, uns noch fernstehende Photographengehilfen, mit denen sie irgendwie in Verbindung kommen, auf unsere Organisation hinzuweisen und so derselben zuzuführen.

Deutscher Photographengehilfen-Verein
Berlin SO. 16, JoststraÙe 7, 1. Etage.

Bei den Gewerbegerichtswahlen in Halle, die am Mittwoch zum ersten Male nach dem Proporzsystem stattfanden, wurden für die sozialdemokratische Liste 4524 und für die der Christlich-Sozialen Gewerbevereine 619 Stimmen abgegeben. Die Sozialdemokraten erhalten von den zu vergebenden 15 Mandaten 13, die Christlich-Sozialen Gewerbevereine 2.

Ein vernünftiger Urteil über sozialdemokratischen Eliteneuse. Unter dieser Epithete machte in der vergangenen Woche eine Notiz die Kunde durch die bürgerliche Presse, worin die Zeitung des Deutschen Metallarbeiterverbandes als der Ausbund aller Schlechtigkeit hingestellt wird. Die „Metallarbeiterzeitung“ bemerkt in ihrer letzten Nummer dazu folgendes:

„Wenn wir Lust hätten, uns an dieser Stelle mit dem Urteil zu beschäftigen, wäre es uns ein Leichtes, dasselbe ins rechte Licht zu rücken. Wir verzichten aber darauf, da die Aufklärung über die schwerwiegenden „Dokumente“ an Gerichtsstelle erfolgen wird.“

Nun wird sich ja zeigen, was die bürgerliche Presse für „Material“ hat, um die Verbandsleitung in der Öffentlichkeit so herunterzureißen.

Der Deutsche Arbeiter-Sängerbund, der aus der Niederungsgesellschaft der Arbeiter-Sängervereinigungen hervorgegangen ist, hat auf seinem Delegiertenkongress am 13. und 14. Oktober in Leipzig tagend und setzte sich aus Vertretern des Berliner Ausschusses, je einem Vertreter aus Frankfurt, Hamburg, Köln, Barmen, Leipzig und der Kontrollkommission zusammen. Nach eingehender Beratung wurde ein Entwurf ausgearbeitet, der beweist, dem Bunde eine festere Gliederung zu geben, als bisher. Den Bänden und Vereinen wird in nächster Zeit ein Abgang zur Durchsicht zugefertigt. Die Generalversammlung, die zu Pfingsten 1908 in Köln tagt, wird dann endgültig die Neuorganisation, die Einteilung in Sänge und Bezirke vornehmen. Diese Umgestaltung wird den Mitgliedern wesentliche Vorteile bringen und dem Arbeiter-Sängerbund von großem Nutzen sein.

Die Tabakarbeiter Oesterreichs befinden sich in einer Lohnbewegung. Sie haben bereits der Generaldirektion der Tabakregie ihre Forderungen überreicht. Diese enthalten eine Lohn- und Gehaltssteigerung für die Gesamtarbeiterschaft unter besonderer Berücksichtigung der bisher minder entlohnten Personen, die Festsetzung einer wöchentlichen Arbeitszeit von 48 Stunden und völlige Freigabe der Sonntags- und Nachmittagsruhe. Die Lohnsteigerung ist bereits bewilligt.

Die italienische Landarbeitergewerkschaften im Jahre 1907. Das italienische Arbeiteramt führt fort, durch seine Erhebungen den Stand der Arbeiterorganisationen des Landes festzustellen und so wertvolle Anhaltspunkte über Fortschritt und Rückschritte der proletarischen Bewegung zu liefern. Der Fortschritt seit dem ersten Halbjahre 1906 ist sehr erfreulich. Damals bestanden 982 Landarbeiterverbände mit 221,913 Mitgliedern, während jetzt 1292 Verbände mit 273,698 Mitgliedern zu verzeichnen sind.

An erster Stelle steht die Provinz Emilia mit 113,705 organisierten Landarbeitern, es folgt Sizilien mit 43,787, Apulien mit 36,767, die Lombardien mit 24,190 und der Piemont mit 17,615. Im weiteren Abhand — mit 7000 bis 3500 Mitgliedern — kommen dann Venetien, Toskana, Marken, Umbrien, Latium und Campanien und schließlich die unabhängigen und armsten Landstriche: Calabrien mit 1394, Abruzzen mit 995, Sardinien mit 904 und die Basilicata mit 242. Wenn Liguria nur 782 organisierte Landarbeiter hat, so erklärt sich dies aus dem Vorkerrschen der Kleingrundbesitzer in dieser reichen Region.

Von den 273,000 Organisierten sind 180,000 nicht an die Arbeiterkammern ihrer Provinzen angeschlossen, wohl aber gehören die Verbände dem Provincial- oder Nationalverband der italienischen Landarbeiter an.

Katholische Landarbeiterverbände verzeichnen die verhältnismäßig hohe Zahl von 26 mit 1824 Mitgliedern.

Im ganzen bestätigt diese offizielle Statistik, die auf Informationen der Pfaffen, Bürgermeister und Arbeiterkammern beruht, daß die italienische Landarbeiterbewegung die aller anderen europäischen Staaten an Bedeutung übertrifft.

Der drohende Eisenbahnstreik in England. Die Direktoren der Eisenbahngesellschaften haben eine Vereinbarung abgeschlossen, worin sie sich mit der Gewerkschaft des Eisenbahnerausstandes und den Mitteln zu dessen Bekämpfung befaßten. Die Direktoren sind nicht geneigt, den Wünschen und Forderungen der Arbeiter nachzugeben. Die Stimmung für eine Verstaatlichung der Eisenbahnen ist im Wachsen begriffen. Eine Finanzgesellschaft hat eine Umfrage bei den Abgeordneten über diesen Punkt veranstaltet. Das Ergebnis war, daß unter den Liberalen, Sozialen und Freie eine Mehrheit zu Gunsten der Verstaatlichung vorhanden ist. Dagegen scheint die Verstaatlichung bei denjenigen Mitgliedern der Abgeordnetenkammer auf Widerstand zu stoßen, die Vertreter von Eisenbahngesellschaften sind. Im Oberhaus beträgt die Zahl derselben allein 52.

Gesetzlicher Achtfundentag. Dem „Vorwärts“ wird aus Felsingfors unterm 16. Oktober telegraphiert: Der Achtfundentag für die Wäcker wurde heute vom Landtag beschlossen. Zugleich ist eine Bestimmung angenommen worden, welche die Nachtarbeit in den Wäckerien verbietet! — Wo bleiben wir?

Die Schmiedeberger Raubmordaffäre.

Schneeberg, 17. Oktober.

Vor dem hiesigen Schwurgericht gelangt heute Donnerstag der Schmiedeberger Raubmord zur Urteilsurteilung, eine Tat, die sowohl mit Rücksicht auf die Persönlichkeit des Verurteilten, wie der Täter vor Monaten Entsetzen und Aufsehen hervorrief. Am 28. März war der 63 Jahre alte Gustav Klein in Schneeberg in seinem Hause auf der Treppe durch Verhiebe ermordet worden. Dem Mörder war nur wenig Bargeld in die Hände gefallen, da eine größere Summe, 15,000 Mark, die Klein kurz vorher erhalten hatte, in Wertpapieren gekommen war, und sämtliche im Arbeitszimmer des Ermordeten verstaute Wertpapiere hatte der Mörder ruhig liegen lassen. Nach Lage der Sache konnte nur ein ganz genau mit den Verhältnissen Vertrauter als Täter in Betracht kommen, und der Verdacht lenkte sich bald auf den Bruder der Schwiegermutter des Ermordeten, auf den aus Breslau gebürtigen 20jährigen Delinquenten Bergmann Bergmann, der der Sohn eines Hauptmanns a. D. und Oberleutnants in Breslau. Bergmann wurde festgenommen, leugnete anfangs aber hartnäckig die Tat zu sein. Er behauptete, in der Mordnacht auf der Fährstraße in Breslau ein Mädchen getroffen zu haben, mit der er den Rest der Nacht in ihrer Wohnung zugebracht habe. Die vernommenen weiblichen Personen bestritten dies jedoch. Tatsache aber war, daß Bergmann am Tage nach der Mordnacht in eine Fahrradhandlung gekommen ist, wo er ein Fahrrad für 170 Mark und verschiedene andere Sachen gekauft und bezahlt hat. Während er früher nie über Geldmittel verfügte, wurde bei dieser Gelegenheit eine Briefkasthe mit einem größeren Betrage in Faltgeld bei ihm bemerkt. In der Zeit, als er den Kauf vollzog, erwartete bereits Kriminalbeamte in der Wohnung seine Ankunft. Nachdem er sich mit dem gekauften Rade entfernt hatte, mußte er aber einen Hint von der ihm drohenden Gefahr erhalten haben, denn er kehrte bald wieder in das Geschäft zurück und gab an, er müsse das Rad vorläufig noch dort lassen. Dann begab er sich nach Hause, wo er von den Beamten in Empfang genommen und verhaftet wurde. Bei seiner Durchsuchtung wurde wieder die Briefkasthe noch von dem Gelde etwas bei ihm gefunden. Man vermutet, daß er beides irgendwo aufbewahrt, vielleicht auch das Geld in einer Sparkasse oder in einem Bankgeschäft auf sein Konto eingezahlt hat. Unter der Last dieser und nach anderer Belastungsmomente beugte sich Bergmann im Laufe der Voruntersuchung aber schließlich zu einem Geständnis. Er gab an, er sei am Tage vor der Mordnacht mit dem Rade von Breslau über Strichberg nach Schmiedeberg gefahren, habe dort den alten Klein mit einem mitgeführten Revolver erschlagen und beraubt, sei dann wieder mit dem Rade nach Strichberg gefahren und habe unterwegs die Waffe weggeworfen. Veranlaßt wurde der Mörder zu seinem Geständnis durch die schwerwiegenden Auslagen des Dienstmädchens seiner Eltern. Das Mädchen, das in Breslau verhaftet wurde, behauptete, Bergmann habe sie zu der falschen Aussage verleitet, sie habe ihn am Tage nach dem Mord in die elterliche Wohnung eingeladen. Diese Aussage machte das Mädchen auch zuerst, meigerte sich dann aber zu ihrem Glück, sie zu beschwören. — Bergmann legte dann nach einer Gegenüberstellung mit dem Mädchen vor dem Untersuchungsrichter ein Geständnis ab. Der Mörder führte ein lockeres Leben und hat den alten Mann in heillosster Weise hingemordet, um sich weitere Mittel zu diesem Leben zu verschaffen. Bergmann beirrt jedoch entschieden, irgend

welche Mitschuldige zu haben. Trotzdem wurden in Haft genommen und haben sich mit Bergmann zu verantworten der erstere Sohn des Erschlagenen, Max Klein, wegen Anstiftung zum Mord, dessen Frau wegen Beihilfe und deren Mutter wegen Verleitung zum Mord. Als Motiv zur Tat des Max Klein nimmt die Infanz dessen Wunsch an, vorzeitig in den Besitz seines Erbes zu gelangen. Verleitet der Klein ist Justizrat Max Roth-Breslau. Wie weit der Verdacht gegen die beiden weiblichen Angeklagten begründet ist, wird die Verhandlung ergeben, über die wir berichten werden.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, 18. Oktober.

Gesichtskalender.

- 1767 Der Physiker René Antoine Ferchault de Beaumour, der Erfinder des nach ihm benannten Thermometers, in Peramboures.
- 1777 Der Dichter Heinrich v. Kleist in Frankfurt a. O.
- 1813 Völkerschlacht bei Leipzig.
- 1817 Bachturtag der deutschen Fürstentümer.
- 1906 Ein Byllon verheert Kuba.

Peters Fluch.

Das er lesen gelernt habe — so führte Peters gestern Abend im Konzerthaus aus — habe er schon manchmal in seinem Leben verwünscht, besonders wenn er in sozialdemokratischen Zeitungen über sich selbst etwas lesen mußte. Das glauben wir dem edlen Bildungsfreunde gern, und wir glauben ihm ebenso gern, daß er auch das Schreiben zu allen Teufeln wünschen mag, nicht nur bei seinen schwarzen Freunden, sondern noch mehr bei sozialdemokratischen Journalisten, die mit ihrer verfluchten, verruchten Schreiberei nun der Welt die Wahrheit über den großen Kolonator Peters verkünden.

Auch die „Volkswacht“ hat es Herrn Peters angetan. Hatten wir mit doch der Mühe unterzogen, zu seiner Begrüßung eine besondere Petersnummer herauszugeben und in einer Zahl von sechshundert Exemplaren vor dem Konzerthaus verteilte zu lassen. Die Besucher der Versammlung rissen sich vor den Portalen des Konzerthauses förmlich um die Nummern, die von dem wichtigen Kolporteur als Katalog zur Petersausstellung angeboten wurden. Raum hatte man sich drinnen im Saale niedergelassen, da begann ein eifriges Studium unserer Zeitung. Einer machte den anderen auf die verschiedenen Artikel aufmerksam, besonders amüsant war es, zu beobachten, wie leibhaftig preussische Offiziere in ihrer Königs-Modest ganz zaghaft nach dem verbotenen Blatte griffen, es misstrauisch betrachteten — wahrscheinlich dachten sie, es befinde sich Sprengpulver zwischen den Blättern — dann aber mit einem glühenden Eifer die Zeilen und Spalten förmlich verschlangen.

Bei den Veranstaltungen des Theaters aber, bei den Angelegten der Gebrüder Parafski herrschte eine gewaltige Aufregung. Man rief Schutzleute herbei, der Kellnerchef in Smoking und Zylinder lief nervös hin und her, von einem Portal zum andern, bis er schließlich eine Equipage nahm und nach dem Polizeikommissariat raste, um von dort Hilfe zu holen. Und drinnen im Saale, da ließen die Herren einem unserer Genossen, der sich erküht hatte sogar die Logen mit Volkswachnummern zu belegen, durch einen mit Säbel und Revolver ausgerüsteten Schutzmann die Ausweisungsbefehle überbringen. So groß war die Aufregung, die wir mit unserer Petersnummer verschuldet haben, daß irgend einer der Manager dem armen Peters aus Versehen in die Garderobe einschloß und den Schlüssel abgab. Die Vorstellung sollte beginnen, Peters, in Frack und weißer Binde, sollte in feierlichem Komitat zur Bühne geleitet werden, da war der Schlüssel nicht zu finden! Man begann ein Rennen und Jagen nach dem Schlüssel; er war wie verberht. Minute verrann auf Minute, das Publikum begann schon zu trampeln und

Peters fast gefangen!

Da brütete er finstere Rache in seinem tief getroffenen Herzen gegen die arge „Volkswacht“, die mit ihrer ruchlosen Schreiberei das alles verschuldet hatte. Und als man nach langen bangen Warten den Schlüssel — ob den nicht auch so ein Schelm von Sozi verberht hatte? — endlich zur Stelle geschafft hatte, da war Peters Racheplan fertig. Außerlich mit eiserner Ruhe gewappnet,

Die Frömmigkeit auf dem Markte. Berliner Blätter bringen folgende weltbewegende Mitteilung: „Dem Vernehmen nach hat der Evangelische Oberkirchenrat die Konfessionen angewiesen, in den Kirchen ihres Aufsichtsbezirks eine kirchliche Fürbitte für eine allgütige Entbindung der Kronprinzessin im nächsten Hauptgottesdienste abhalten zu lassen.“ In der Bibel wird zwar verlangt, daß sich im Kissen König merlein einschließen soll, wer beten will. Die Frommen von heute machen jedoch Schanzstellungen aus ihren religiösen Vergleichen und treiben daneben mit den intimsten Privatangelegenheiten anderer einen widerlichen Sport. Da sind „wir Bilden“, wir Postle dem doch bessere Menschen!

Zweihundertdreißig Wohnhäuser eingeeichert. Eine gewaltige Feuerbrunst wütete in dem unweit der preussisch-schlesischen Grenze gelegenen wälschen Städtchen Altsfeld. Zweihundertdreißig Wohnhäuser und 12 Schuppen wurden durch den Brand eingeeichert. Hundert Familien sind obdachlos geworden. Die Feuerbrunst entstand durch Fahrlässigkeit Nachts in einer nahe dem Bahnhof gelegenen Scheune, wo bei der Fluß-Regulierung beschäftigte italienische Arbeiter nächtigten. Die abgebrannten 100 Familien gehören der ärmeren Bevölkerung an.

Zur Pulver-Explosion in Fontanel meldet der Daily Telegraph aus New York, daß großes Elend unter der Bevölkerung herrscht. Viele Hunderte von Personen sind obdachlos, viele haben alles verloren. Es wurden Zelte aufgestellt, um den leidenden Opfern der Katastrophe Unterkunft zu gewähren. Viele Leichen wussten aus Gesundheitsrücksichten verbrannt werden. Da bereits Plünderungen verdammt, wurde das Standrecht proklamiert.

Ein Telegramm von heute meldet uns noch: Die Explosion der Pulverfabriken von Fontanel hat, wie sich nunmehr herausgestellt hat, in einer benachbarten Glasfabrik ebenfalls eine Explosion hervorgerufen und die Maschinen zerstört. 45 Personen kamen ums Leben, etwa 1000 Personen wurden verletzt.

Wieder ein Ueberfall in Lódz. Donnerstag Morgen wurde der Kassier der Warenaktion der Lodzer Eisenbahn, der von Couriers und zwei Konduktoren begleitet war und 22,000 Rubel mit sich führte, um sie bei der Lodzer Handelsbank abzuliefern, von 15 Bewaffneten überfallen. Die Räuber nahmen dem Kassier das Geld ab. Einer der Räuber wurde getötet, ein Polizeibeamter schwer verwundet.

Fixation der Zivilisten des Königs Leopold und die Kronadame des Königs an sich Schadenersatz von sechs Millionen Francs. Er war von beiden beantragt worden, Schlösser und andere großartige Monumental-Bauwerke in Laeken, Ostende und Brüssel anzuführen, erhielt jedoch vor einiger Zeit unerwartet den Befehl, sämtliche Arbeiten einzustellen. Sein Versuch, einen Vergleich herbeizuführen, blieb erfolglos. In dem Prozeß wird von den bedeutendsten Advokaten Brüssels plädiert werden.

Fortschritt der Schwarzen. In Basutoland in Südafrika gibt es, wie uns geschrieben wird, 35,000 Schwarze gegen nur 800 Weiße. Anzeichen sind vorhanden, daß die Zivilisation unter den Schwarzen daselbst rapide Fortschritte macht. Viele ihrer Hütten, die früher nur einen Raum hatten, in dem die ganze Familie lebte, sind jetzt geteilt und haben sie sich sogar schon den Luxus einer Tischdecke beim Essen geleistet.

Statistik von Groß-London. Nach der neuesten Aufstellung des Gräflichkeitsrats hat, wie uns geschrieben wird, Groß-London eine Bevölkerung von 7,217,939 Seelen, der unter Verwaltung des Gräflichkeitsrats stehende Teil 4,750,217, und 686,994 wahlberechtigte Männer. 143,620 Personen erhalten Armenunterstützung. Die Zahl der Wohnungen in der Grafschaft beläuft sich auf 25,431. Groß-London besitzt 656 Meilen Eisenbahnen und 586 Passagierstationen, 401 Meilen Straßenbahnen, 2964 Pferde- und 783 Auto-Omnibusse. 1974,505,420 Personen benutzten diese Verkehrsmittel im vergangenen Jahre. In den Häfen von London liefen im letzten Jahre 27,923 Schiffe mit einem Gehalt von 17,602,315 Tonnen ein, 27,733 (16,534,316 Tonnen) wurden gelöscht; 1891 Dampfschiffe und 1418 Segelschiffe wurden in den Häfen registriert.

Kleine Chronik. Der Seismograph Göttingen notierte ein sehr kleines lauges unbedeutendes Erdbeben. Der Erdbebenort ist noch unbekannt. — Donnerstag Nachmittag wurde auf der Straße Cassel-Frankfurt a. M., unweit der Haltestelle Singlis eine Dame mit schweren Verletzungen neben dem Gleis angetroffen. Wie die näheren Umstände ergaben, ist die betreffende Dame aus dem Schnellzug gestürzt. Um 6 Uhr Abends starb die Dame, ohne daß Bewußtsein wiedererlangt zu haben. Ausweisepapiere wurden bei ihr nicht vorgefunden. — Ein in Döpperswohlfahrt linderliches Ehepaar, das kürzlich sich durch Einatmen von Gas zu töten versuchte, hat sich am Sonntag im Rhein ertränkt. — Wie die Blätter aus Friedberg in Hessen melden, wurde auf dem Hof ihres Hauses die 35jährige Frau des Federhändlers Gustav Philipp mit zwei Schusswunden in der Brust tot aufgefunden; neben ihr lag schwerverletzt ihr Mann, in der rechten Hand noch den Revolver haltend. Philipp hat wahrscheinlich erst seine Frau durch Revolverkugeln getötet und sich dann selbst zu töten versucht. Die drei Kinder der Familie, zwei Mädchen und ein Junge im Alter von 9 bis 12 Jahren, befanden sich zur Zeit, als das Unglück geschah,

in der Schule. Das Motiv der Tat scheint unglückliche Vermögensverhältnisse gewesen zu sein. Der Mann ist später ebenfalls gestorben. — Als der Reichskanzler Herrt Wilow Donnerstag Vormittag sich von Klein-Flottbeck nach Hamburg begeben wollte, benutzte er für die Fahrt von Klein-Flottbeck bis zum Rathaus eine geschlossene Automobilabfuhr. In der Nähe von Ottersen hatte die Drohsche das Unglück, eine bejahrte Frau an überfahren, die unmittelbar vor ihr die Chauffeur kreuzte. Der Reichskanzler ließ sofort halten und verweilte an der Unfallstätte, bis ärztliche Hilfe eingetroffen war, die leider nur den sofort eingetretenen Tod konstatieren konnte. Der Reichskanzler setzte seine Fahrt nach Hamburg mit der elektrischen Straßenbahn fort. — Die Reichskammer des Landgerichts Wien hat beschlossen, dem Verlangen Italiens stattzugeben und die Grafen Tarowoska, den Rechtsanwalt Witulow und die Kammeradvokat Perier wegen Verachtens der Mitschuld an der Ermordung des Grafen Ramarowski auszuliefern. Die Reichsanwälte der Beschuldigten haben hiergegen Beschwerde erhoben. — Aus dem Amtsgerichtsgangbüchlein in Oberhausen sind drei Untersuchungsgefangene welche in einem Holzschuppen beschäftigt waren, ausgebrochen. Ihre Wiederergreifung ist noch nicht gelungen, sie tragen Gefangenenkleidung.

Humoristisches.

Letztes Mittel. In einer Gasse der Altstadt wird bei einer Käuferin einer der Teilnehmer getroffen. Derselbe stellt sich nun auf die Straße und singt, so laut er kann. Sofort erscheint ein Schutzmann und fragt ihn, was er die Nacht um 2 Uhr noch zu singen habe. — „Ich bin getroffen“, erwidert der Sänger. — „So“, sagt der Schutzmann, „und da singen Sie noch?“ — „Ja“, antwortet der andere, „wenn ich um Hilfe gerufen hätte, wären Sie doch nicht gekommen.“

Zeppelin-Blutarch. „Es ist erreicht!“ rief frohbewegt Graf Zeppelin. „Wenn jetzt nur nicht die Regierung durch einen Luftfahrplan die ganze Erfindung unbrauchbar macht.“ — „Ich verlaufe dem Reich gerne mein Luftschiff!“ sagte der Graf Zeppelin. Aber eine Bedingung mußte ich daran: Denkmäler dürfen mit dem Mars nicht angefaßt werden!“

Literatur.

„Ein offenes Wort zur Abstinenzbewegung“, Referat auf dem Verbandstag der freien Gast- und Schankwirte von Europa von der Preben. In bezügen durch Paul Rubin. Berlin, N. B. 1906, Preis 12 Pf.

maxierte er, was der Raum der Weltkarte, des Häftlings, des
Ritters und Pflanzers, wozu war, mit dem das jüdisch
erschienene Publikum ihn begrüßte, und dann kündigte er uns
Utschde an. Nun werde

auch Breslau seinen Petersprozess
haben, den größten in der Reihe. Und wenn diesem noch fünfzig
weitere folgen sollten, er wolle doch einmal sehen, wer es
länger aushalte, er oder die sozialdemo-
kratische Presse. Nun wir sehen dem uns angedrohten
Prozess mit Gleichmut entgegen; was an uns liegt, dem Ansehen
des Herrn Peters noch ein weiteres Vorberblatt hinzuzufügen,
das soll geschehen.

Nach seiner Kriegsankündigung begann der „große Kolonial-
sein Thema, die koloniale Wirtschaftspolitik, zu behandeln. Wir
behalten uns vor auf den sachlichen Teil seiner Ausführungen
gesondert einzugehen. Offenbarungen waren sie nicht. Herr
Peters fand es besonders merkwürdig, daß gerade die Sozial-
demokraten so feindselig den britischen Kolonien gegenüber gestimmt
seien, denn das Hauptproblem aller Kolonialpolitik, vor allem
bei den Inseln, sei doch das, dem Ueberfluß der Menschen im Ge-
biet abzuwehren. Wozu bemerken wäre, daß in der Tat
die Abwanderung aus Deutschland noch immer nach Amerika
oder Australien, um alles in der Welt aber nicht nach unseren
Kolonien erfolgt. Die Hervorhebung des Arbeiterproblems schien
wenig nach dem Gesinnungslage des großen Teils der Erstgenannten zu
sein, besonders der Herren Offiziere, die wahrscheinlich „Kriegs-
historien“ und Weiberratscheln erwartet hatten. Auch davon
wird ein großer Teil der Zuhörer aus den „höchsten“ und „be-
stimmten“ Gesellschaftskreisen nicht besonders entsetzt gewesen sein, daß
Herr Peters dem in anderen Kolonien zu bestrebten preußischen
Assessorismus eine scharfe Abgabe erteilt und
das englische System der möglichen Selbstverwaltung empfahl.
Im übrigen gestand Herr Peters mit zynischer Offenheit zu, daß
nach seinem System

Kultur und Menschlichkeit
nach der Kolonisation nicht verträge. Wer Kultur verbreiten
wolle, der möge Hand von der Kolonisation lassen, meine unter
lieber bewunderter Kolonialheld. Der Satz: die schwarze Welt
gehört den Schwarzen möge moralisch sehr gut sein, aber mit
ihm lasse sich keine Kolonialpolitik treiben; dann mögen wir
lieber hübsch eng beisammen zu Hause bleiben und uns nach
Kräften bemühen. Aber die Unterbringung des Menschenüber-
flusses werde uns wohl recht tüchtige Kopfschmerzen bereiten.
Wollen wir aber praktische Kolonialpolitik treiben — und Ko-
lonialpolitik treiben, setze nichts weiter als ein großes Geschäft
machen, wozüber ein in unserer Nähe sitzender Leutnant gewaltig
die Nase rümpfte — dann müssen wir die Schwarzen ganz
in unsere Gewalt bringen, und herum müssen wir sie bößlich in
Dummheit und Unwissenheit erhalten. Die Negerkinder seien
das Dynamit, mit dem einstmals die Herrschaft der Weißen in
den Kolonien gesprengt werden würde.

Daß es sich Herr Peters nicht vermagte, von seinen großen
Taten und Erfolgen in Ostafrika ruhmredig zu schwärzen, ist
selbstverständlich; aber von dem, was das Disziplinurteil und
der Münchener Prozeß aller Welt kund getan haben, hütete er
sich wohlweislich zu reden. Neugierlich ist Peters eine wenig
sympathische Rednererscheinung. Er sitzt beim Sprechen, ein-
förmig ist der Fluß seiner Rede, nur seine Augen, die er nie-
mals zu ihrem offenem Blicke sammelt, bewegen sich unstet hin
und her. Das Publikum folgte seinen Ausführungen mit großer
Teilnahmslosigkeit. Nur einmal, als Peters die „Münchener
Post“ erwähnte, erhob sich ein lautes Bravo, und das galt nicht
Herrn Peters.

Nach Schluß der Versammlung vertiefte sich das Publikum
schnell, und Peters wäre ohne jeden Zwischenfall mit dem ihm
begleitenden Offizier davon gefahren, wenn der Redameister von
Barasch nicht noch die Straße für die Ausübung seines Berufs
schnell einmal in Anspruch genommen und etwas in Petersbekleidung
gemacht hätte, wobei ihm die Polizei helfen sollte. Als einer
der auf der Straße Stehenden dem abfahrenden Passanten
einen Abschiedsgruß zurief, erfuhr der dienstfertige Chef der Re-
klame einen Wachmeister, den Namen des höflichen Rufers fest-
zustellen. Uns ist die Aufregung der Barasch-Angestellten
überhaupt ganz unverständlich. Das Geschäft ist doch in
keiner Weise geschädigt oder auch nur gefährdet worden. Warum
daher dieser Eifer? Oder will Herr Wachmeister von der Firma
Gebüder Barasch vielleicht künftig seinen Ruhm darin suchen,
neben den Liebert und Brendt zu den Ehrenrettern des Peters
zu gehören? Dann hätte er vielleicht mehr Vorbeeren geerntet,
wenn er zur Herbeiführung der weiteren fünfzig Petersprozesse
die Namen der Offiziere und höheren Beamten im Saale fest-
gestellt hätte, die dadurch, daß sie sich gegenseitig auf die Ar-
tikel der „Volkskraft“ aufmerksam machten, derselben angeblichen
Beleidigung schuldig wurden, wie die arge „Volkskraft“ selbst.

Im übrigen werden Herr Peters und sein Impresario
Sachs nach der Breslauer Erfahrungen wohl nicht mehr viel
Luft verspüren, ihre Kabaretttournee durch Deutschland fortzu-
setzen. Und wir können das verstehen. In London ist's ge-
müßlicher.

Eine Diskussion fand, wie wir nebenbei bemerken wollen,
nicht statt; sie war von vornherein vom Vortragenden selbst
ausgeschlossen worden.

Aus dem Stadtparlament.

Der Schottländervertrag gelangte gestern wegen der Ab-
wesenheit des Oberbürgermeisters nicht zur Verhandlung, und
so kamen wohl die außerordentlich zahlreich erschienenen Zu-
hörer kaum auf ihre Rechnung. Ueberhaupt bestand die
Sensation der gestrigen Sitzung nicht in einer Vorlage oder
deren Beratung, sondern in der Petersnummer, die von
allen Stadtverordneten mit größtem Interesse aufgenommen,
von vielen mit Befriedigung begrüßt wurde.

Unter den verabschiedeten Vorlagen war die wichtigste
diejenige, durch welche die Funderungs- und Maurerarbeiten
für den Neubau der Kaiserbrücke an den minderbeför-
derten Tiefbauunternehmer Engert für 794.662 Mark ver-
geben werden soll. Die Herren Cardoas und Stein ver-
langten in Anbetracht der Höhe des Objekts und weil über
die Kosten der einzelnen Positionen aus der Vorlage nichts
zu entnehmen sei, Ausschüßberatung, die der Stadtbaurat

von Scholz mit der Begründung bekämpfte, daß bei einer
Ausschüßberatung ein anderes Resultat niemals werde
herauskommen können und der so schnell erwartete Bau
nur unnötiger Weise wiederum bis zum nächsten Frühjahr
verschoben werden würde. Darauf wurde mit großer Ma-
jorität die sofortige Annahme der Vorlage beschlossen, und
so wird der Bau vielleicht schon in den nächsten Tagen be-
ginnen.

Auch der Anlauf des sogenannten Gellertplatzes
zwischen Hohenjöllern, Schwerin- und Moritzstraße wurde
nach unwesentlicher Debatte genehmigt. Von der Kauf-
kosten, die 150.000 Mark betragen, sind 26.000 Mark durch
Erhebung von Anliegerbeiträgen aufzubringen.

Die Herausgabe einer wissenschaftlichen Arbeit zur Hundertjahr-
feier der preussischen Städteordnung wurde nach einer Dis-
kussion über die geringe Höhe des Honorars genehmigt, des-
gleichen wurde die wertvolle Mitwirkung des Geheim-
rats Heidenburg für unser Kunstgewerbemuseum mit Dank ge-
den Spenden angenommen.

Ohne Debatte wurde genehmigt die Festsetzung des Gehalts des
zweiten Bürgermeisters nach dem Ausschüßvorschlag auf
12.000, freigeigelt bis 15.000 Mk., ferner die Grundsätze für die
Wauverwaltung im Absehluß von Verträgen mit einigen Ab-
änderungen des Ausschüßes und der Beschränkung, daß sie zunächst
nur für drei Jahre gelten sollen, desgleichen die eines Planungs-
überwinterrungshauses und eines Erdbebensicherungs-
einem Verbindungsgänge in der Gärtnerei in Schelling für 20.900
Mark. Auch der Anlauf des Platzes am Aufammlauf der
Charlotten-, Gärtenberg- und Moritzstraße für 33.874 Mark wurde ge-
nehmigt, ebenso der Erwerb von Straßensand an der Ecke
Kupferstraße und Schürstraße für 42.250 Mark, vor Fürer-
straße 50/52 für 800 Mark. Beschlössen wurde, auch die Erweiterungen
des Kabelnetzes der Elektrizitätswerke in der Oder-
und Sandvorstadt für 640.000 Mark und Bau einer Kohlenförderungs-
anlage im Elektrizitätswerk II für 65.000 Mark, sowie die Herstellung
eines zweiten Kohlenlagerplatzes in der Gasanstalt in
Dörghof für 30.000 Mark, und die Begrenzung von Straßensan-
gleisen in der Dübenerstraße, auf denen vielleicht schon in drei
Jahren das MAB nach Dörghof gefahren werden soll. Die Wieder-
erichtung der alten Zirkhalle vom Königsplatz an der Ecke des
Drauziers und des Ostauer Stadtgrabens und Verpachtung der-
selben an den Fabrikbesitzer Otto Wendorf für 800 Mark jährlich vom
1. April 1908 ab auf sechs Jahre wurde genehmigt, ferner eine Freige-
bung von Staatsvermögen.

In beiderlei Hinsichten ohne besondere Bedeutung
kam es bei den Vorlagen über die Kosten von Reparaturen in
Herrnprotz und über die Pachtbedingungen für Gut Jo-
hannesberg. Letztere wurden genehmigt, die erstere Vorlage aber
dem Ausschüß überwiesen. In den Ausschüß II ging der Ma-
gistratsantrag wegen Verteilung der Sparlaffenüber-
schüsse an. Herr Singer regte dabei eine Erhöhung des Zins-
fußes an.

Am die öffentliche Sitzung, die gegen halb sieben Uhr
ihre Ende erreichte, schloß sich eine geheime, in der dem aus-
dem Amte scheidenden Bürgermeister das Ehrenbürgerrecht
zu verleihen beschlossen wurde.

Achtung, Parteigenossen und Gewerkschaftler!

Eine Arbeiter-Samariter-Kolonie, die bei großen Festen und
Versammlungen hilfsbereit eingegriffen hätte, soll demnächst auch für
Breslau gegründet werden. Wir ersuchen deshalb alle Parteigenossen
und Gewerkschaftler, die bereits als Samariter ausgebildet sind, ihre
Abwesenheit recht bald dem Partei-Sekretariat, Neue Graupenstraße 5, II,
mitzuteilen.

* **Verlängerung der Bauarbeiter-Schutz-Aus-**
stellung. Dem Vorsitzenden der Bauarbeiter-Schutz-Kom-
mission ist vom Magistrat der Bescheid zugegangen, daß das
Gesuch, betreffend Verlängerung des Aus-
stellungs-Termins genehmigt ist. Diese wird nun-
mehr endgültig am 1. November geschlossen. Diejenigen Ar-
beiter, welche die Ausstellung noch nicht besucht haben, sollten
sich nunmehr entschließen, dies sobald als möglich zu tun.
Denn nicht nur allein für den Bauhandwerker bietet die Aus-
stellung viel des Lehrreichen und Interessanten, sondern für
Arbeiter aller Kategorien.

* **Eine regierungsseitige Anerkennung der Bau-**
arbeiter-Schutz-Ausstellung. Wie hoch das Interesse für die von
den Arbeitern veranstaltete Bauarbeiter-Schutz-Ausstellung ist, haben
wir schon mehrfach berichtet. Jetzt hat der Vorsitzende von der
luxemburgischen Regierung den offiziellen Auftrag erhalten,
auf Kosten derselben ein ganzes Modell herzustellen und von den
übrigen Ausstellungen - Gegenständen photographische Aufnahmen zu
machen. Dieser Auftrag ist eine Folge der vor kurzem erfolgten Be-
sichtigung durch einen Abgesandten der luxemburgischen Regierung.

* **Zur intensiven Agitation unter der Textil-**
arbeiterschaft veranstaltet der Deutsche Textilarbeiter-
verband in der nächsten Zeit aller Orten, auch in Breslau,
umfangreiche Hausagitationen für seinen Verband und für
das Abonnement auf die „Gleichheit“. Vor allen Dingen
sollen dabei diejenigen Arbeiterinnen besucht werden, deren
männliche Angehörigen Mitglieder einer Gewerkschaft sind.
Der Textilarbeiterverband erhofft zu der Durchführung seines
Planes die Unterstützung aller Kartelle und Bruderorgani-
sationen.

* **Schuhmacher-Zunung „Hans Sachs“ und**
der Lohnsicherung der Gehilfen. Wogegen sich die Zunungs-
meister früher mit aller Gewalt sträubten und was sie für nicht
„landesgemäß“ hielten, ist heute ein überlebter Standpunkt
und die Meister kommen nach und nach zur Einsicht, daß die
Lage des Handwerks nur durch die Mitwirkung einer kraft-
vollen Gehilfen-Organisation erfolgen kann. Von diesem Ge-
sichtspunkte ließ sich denn auch die letzte Zunungsverfam-
lung der Schuhmacher-Zunung „Hans Sachs“ leiten, die sich
in der Hauptsache mit dem von den Gehilfen eingereichten
Lohnsicherung befaßte. In einem Anschreiben der
Gehilfen wurden die Gründe dargelegt, welche diese ver-
anlassen, einen eine Lohnerhöhung vorsehenden Tarif den
Zunungen zu unterbreiten. Im Prinzip stimmte man dem
Anschreiben zu und beauftragte eine Kommission,
welche bindende Beschlüsse fassen kann, mit den Gehilfen in
Verbindung zu treten.

* **Noch einmal die Furcht vor dem Verbandspapierchen**
und ihre Folgen. Darüber kann Buchfabrikant Gedeck von
der Reich- und Gartenstraße-Gasse nun Betrachtungen anstellen. Be-
sonnlich wollte er einen Gesellen, den er erst angenommen und in
dessen Buch ein Verbandszettelchen sich fand, zur Arbeit dann nicht
einstellen, weil Leute solcher Gesinnung eine Gefahr für seinen Ver-
trieb seien. Der betreffende Geselle wollte nun aber durchaus bei
Herrn Gedeck arbeiten; und weil er nicht für wichtig befunden wurde,
in die Geheimnisse dieser Buchfabrik eingeführt zu werden, klagte er

vor dem Gewerbegericht auf Zahlung des Lohnes für die Woche, die
er noch arbeitslos war. Termin vor dem Gericht war zum
23. September angesetzt. Der Kläger war eben im Begriff, zum
Gericht zu gehen, um sein Recht zu erheben, da kommt ganz un-
erwartet der — Gelbbleisler und bringt die eingelagerten 26.500 Mk.
Der Gelbbleisler hatte sich inzwischen zur Zahlung entschlossen, und durch
diese Lehre wird er sich hoffentlich nicht mehr vor dem Verbands-
papierchen fürchten!

So wird die Organisation aber nun in allen Fällen auch den
Fleischergehilfen zu ihrem Recht verhelfen.

* **In Ostwig** stehen den organisierten Arbeitern außer den
Lokalen von Grünast und „Zur Fische“ nur das Lokal des
Herrn Rabe zur Verfügung. Alle anderen Lokale, auch das des
Herrn Ryle, „Vollgärten“, sind gesperrt. Wir ersuchen alle organi-
sierten Arbeiter, Solidarität zu üben, die Ostwiger Genossen in ihrem
schweren Kampfe um ihr Versammlungsrecht zu unterstützen und die
gesperrten Lokale unbedingt zu meiden. Besonders seien auch die
Breslauer Arbeiter darauf aufmerksam gemacht.

Die Lokalkommission.

* **Den Parteigenossen von Zeitz, Petersdorf und Um-**
gegend hiermit zur Kenntnis, daß das Lokal des Herrn Rabe in
Zeitz der organisierten Arbeiterschaft zur Verfügung steht. Herr
Penter hat gestern den bekannten Vertrag mit der Lokalkommission
unterzeichnet. Wir ersuchen nun alle Genossen, die nach Zeitz
kommen, nur bei Herrn Rabe zu verkehren, und das Lokal des
Herrn Rabe in Petersdorf, der die Arbeiter nicht haben will, un-
bedingt zu meiden. Sorgt für zahlreiche Verbreitung dieser Mit-
teilung unter den organisierten Arbeitern. Die Lokalkommission.

* **Die freie Jugend-Organisation** hält am Sonnabend,
den 19. Oktober Abends 8 Uhr, im Vordzimmer des Gewer-
schaftshauses ihre regelmäßige Mitglieder-Versammlung ab. Auf der
Tagesordnung steht ein Vortrag über das Thema: „Wissen ist
Macht — Bildung macht frei“. Referent ist Kollege
Heinrich. Bleibt noch genügend Zeit, so werden außerdem zwei
Kollegen einen längeren Vortrag aus einer Kunstzeitschrift verlesen,
der das Thema behandelt: „Die Verbreitung einer
Literatur“.

Wir machen weiter darauf aufmerksam, daß die Jugend-
organisation am 26. Oktober, Abends 8 1/2 Uhr, im „Schweizer-
hof“, Schweigerstraße, eine öffentliche Agitations-Versammlung ver-
anstaltet, in der Herr Dr. Max Wahrenbrecher einen Vor-
trag halten wird über das Thema: „Die Aufgaben der
Jugendorganisation“. Besonders die Eltern der arbeiten-
den Klasse vor dem Kolonialator werden gebeten, ihren jugendlichen
Söhnen und Töchtern, die die Schule bereits verlassen haben, den Besuch
dieser Versammlung zu empfehlen. Herr Dr. Wahrenbrecher wird
in seinem Vortrage ausinandersetzen, warum sich die Jugend in
einer Vereinigung zusammenschließen muß, um Aufklärung über die
großen und ersten Fragen des Lebens zu erhalten. Mögen also
bisherigen erscheinen, die wünschen, daß die Jugendorganisation ein
Hort der Bildung für das heranreifende Geschlecht werde!

* **Krankenkassen und Apotheken.** Der Aufbruch des Orts-
krankenkassenverbandes zur Abhaltung einer allgemeinen Versammlung
der Kassenverbände behufs Stellungnahme zur Arzneiberechnung der
Apotheken hatte einen guten Erfolg. Die Versammlung, die am
Mittwoch in den Unionhallen stattfand, war zahlreich besetzt.
Es waren an 50 Orts-, Betriebs- und freie Hilfskassen vertreten. Dem
Vorsitzenden des Ortskrankenkassenverbandes, Wittke, wurde die
Leitung der Versammlung übertragen; derselbe wies darauf hin, daß
einzelne Krankenkassen zu verschiedenen Malen die Rezeptrechnungen
nachgeprüft haben und zu dem Resultat gekommen sind, daß diese
nicht richtig berechnet waren. Es stellte sich bei den Spezialpräparaten
eine nicht unwesentliche Differenz heraus, so z. B. hatten die Apo-
theken für Synthesin, der 1.20 Mk. kostet, 5—6 Mk. berechnet. Man
sei wegen der verschiedenartigen Berechnung bei den Apotheken vorfristig
geworden und diese haben erklärt, daß eine bewußte Absicht, die
Krankenkassen zu verteuern, durchaus nicht vorliegt. Zurücker können
vorkommen, vielleicht seien sie durch den Wechsel des Per-
sonals entstanden. Im allgemeinen seien die Breslauer Kassen
gegen die in anderen Städten im Reich, die Berlin erhalte 20 Proz.
Kabat, Breslau nur 15, auch die Handverantworte ist in Breslau
teurer als anderswo, viele Artikel sind in Berlin im Handverant
zu haben, die hier als Nebelstände verkauft werden. Im Jahre 1907
sei eine ganz beträchtliche, die in Breslau von den Kassen mehr
zu tragen sei. Es sei daher notwendig, einheitlich vorzugehen, um
im Interesse der Versicherten die Vorteile zu erhalten, wie sie bereits
andere Städte aufzuweisen haben. Herr Fieseler vom zweiten Orts-
krankenkassen-Verbande führte aus, daß die Ausgaben für Arzneien
und Medikamente in den letzten Jahren eine große Steigerung er-
fahren haben, das sei zuzugeben, er wisse, daß daran die Apotheker
die Schuld tragen; wie alles im Preise gestiegen sei, seien auch die
Arzneien teurer geworden. Ein großer Teil der Schuld sei auch den
Arzten zuzuschreiben, indem sie teurer Medikamente verschreiben, die
Apotheker führten das aus, was die Ärzte verordneten. Daß teure
Medikamente verschrieben würden, liege aber daran, daß die Kassenmitglieder
nicht mehr so leicht zu befriedigen seien als früher, sie forderten viel
Medikamente und zwar die teuersten Mittel, mit den einfachsten seien
sie nicht zufrieden, in der Meinung, sie wirkten nicht. Man solle nicht
an die Apotheker, sondern an die Ärzte herangehen. Herr An der z von
der Gewerbegehilfenkasse bemerkte, daß diese Kasse einen Rechnungs-
prüfer angestellt hat, der auch die Rezepturenrechnungen zu prüfen habe.
Verschiedenartige Berechnungen der Apotheker können gerade nicht
häufig vor, passierte es doch, dann werde das Mehr einfach gestrichen.
In Unzuträglichkeiten hätten die Ärzte nicht geführt, die Kassen
sollten daher zur Selbsthilfe greifen. Richtig sei, daß vieles gebessert
werden könne. Fieseler von der Kleinpartei trat Herr
Fieseler entgegen, daß die Versicherten ihr Teil in der teuren
Medizin suchen. Herr Goldschmidt von der Kasse „Einigkeit“ plä-
diert dafür, daß man sich an die Apotheker, aber auch an die Ärzte
halten müsse, dann kann etwas erreicht werden; die Berliner Kassen
hätten durch ihr festes Auftreten die Apotheker gezwungen, ihnen Vor-
teile einzuräumen; was die Apotheker in Berlin können, sei den
Breslauer Apothekern gewiß nicht unmöglich, nur müsse einheitlich
und energisch vorgegangen werden. Es sprach sich dann noch die
Vertreter der Hausmännischen Kasse, Herr Kaufmann Ehrlich,
der verlangt, daß das nötige Material gesammelt werden soll, um
eine bessere Unterlage zu haben zum Einzeichnen, im übrigen aber
schloß er sich den Ausführungen Peterhans an, der den An-
trag stellte, eine Kommission zu wählen, die mit den Apothekern unter-
handeln soll. Alle Redner äußerten sich dahin, daß die Ausgaben für
Heilmittel in den letzten Jahren bei allen Kassen gestiegen sind
und es daher ganz am Platze sei, wenn etwas zur Abhilfe gelte.
Es wurde schließlich eine ständige Kommission gewählt, der der
Antrag erteilt wurde, sich mit den Apothekern in Verbindung zu
setzen zu dem Zwecke, die Uebelstände, wie sie in der Arzneiberechnung
bestehen, zu beheben. Zum Schluß der Versammlung beantragte
Wittke bezüglich der Heimarbeiterversicherung die Annahme folgender
Resolution: „Die versammelten Vorstände der Krankenkassen Bres-
laus sprechen hiermit ihr Bedauern aus über die auffällige Ver-
zögerung betreffend die Krankenversicherung der Heimarbeiter hier am
Orte. Sie kann für diese Tatsache eine Erklärung schon deshalb
nicht finden, weil die Vorbereitungen zur Ausarbeitung eines Dis-
kussionsprotokolls schon jahrelang gepflogen werden. Die Kassenverbände ver-
kennen durchaus nicht, daß bei Einführung der Heimarbeiterver-
sicherung einer großen Anzahl von Kassen ganz außerordentliche Kosten
aufgelegt werden, sie sind aber der Meinung, daß diese Bedenken in
den Hintergründen treten müssen angesichts des großen sozialpolitischen
Zweckes, welchem die Heimarbeiterversicherung dienen soll. Die Ver-
sammlung ersucht den Magistrat und die Stadtverordnetenversammlung,
aus der Reserve heranzuziehen und die Versicherung vom
1. Januar 1908 ab obligatorisch festzusetzen. Die Einwände der
Handelskammer können seitens der Kassenverbände als unbillig
abgelehnt werden, um ein weiteres Hinanschieben der
Heimarbeiterversicherung rechtfertigen zu können“. Herr Gold-
schmidt erklärte sich gegen die Resolution, er sei zwar für die
Versicherung der Heimarbeiter, und sie werde auch kommen, doch solle
man seinen Amman anhalten. Mit Rücksicht auf die vorerwähnte Zeit
— es haben sich schon viele Vertreter entfernt — wurde die Reso-
lution zurückgestellt und wird in einer anderen Kassenversammlung

